

Niederschrift HDF/006/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt-, Digital- und
Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 21.12.2021

Die heutige Sitzung des Haupt-, Digital- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dr. Peter Lüttmann

Bürgermeister

Mitglieder:

| | | |
|----------------------------|-----------------------|--|
| Herr Christian Beckmann | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Karl-Heinz Brauer | SPD | Ratsmitglied |
| Herr Detlef Brunsch | FDP | Ratsmitglied |
| Herr Markus Doerenkamp | CDU | Ratsmitglied |
| Frau Annette Floyd-Wenke | DIE LINKE | Ratsmitglied |
| Frau Silke Friedrich | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ratsmitglied |
| Herr Dieter Fühner | CDU | Ratsmitglied - bis 20:01 Uhr (TOP 10) |
| Herr Andree Hachmann | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Christian Jansen | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ratsmitglied |
| Herr Christian Kaisal | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Dr. Manfred Konietzko | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Fabian Lenz | CDU | Ratsmitglied - ab 17:05 Uhr (TOP 4) |
| Frau Gabriele Leskow | SPD | Ratsmitglied |
| Herr Ulrich Moritzer | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ratsmitglied |
| Herr Rainer Ortel | UWG | Ratsmitglied - bis 19:24 Uhr (TOP 9) |
| Frau Birgitt Overesch | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Detlef Weßling | BfR | Ratsmitglied - bis 19:32 Uhr (TOP 10) |

| | | |
|-------------------------------|-----|---------------------------------------|
| Herr Prof. Dr. Thorben Winter | CDU | Ratsmitglied |
| <u>Vertreter:</u> | | |
| Herr José Azevedo | CDU | Vertretung für Herrn Stefan Gude |
| Herr Volker Brauer | SPD | Vertretung für Frau Ulrike Stockel |
| Herr Bernhard Kleene | SPD | Vertretung für Herrn Dominik Bems |

Gäste:

| | |
|----------------------|---|
| Herr Marcus Egelkamp | Geschäftsführer KAAW - bis 18:15 Uhr (TOP 4) |
| Herr Ingo Niehaus | Geschäftsführer EWG Rheine |

Verwaltung:

| | |
|-----------------------------|--|
| Herr Mathias Krümpel | Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer |
| Herr Raimund Gausmann | Beigeordneter |
| Frau Milena Schauer | Beigeordnete |
| Herr Jürgen Grimberg | Leiter Fachbereich 7 |
| Herr Jürgen Wullkotte | Leiter Fachbereich 4 |
| Herr Frank de Groot-Dirks | Leitung Büro des Bürger- meisters/Pressesprecher |
| Herr Dr. Jochen Vennekötter | Betriebsleiter TBR |
| Herr Michael Vogelsang | PV Organisation – bis 18:15 Uhr (Top 4) |
| Frau Beate Bülhoff | Mitarbeiterin Finanzma- nagement |
| Herr Michael Kari | Mitarbeiter Organisation, Digitalisierung, E-Government – bis 18:15 Uhr (Top 4) |
| Frau Julia Seebeck | Schriftführerin |

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

| | | |
|---------------------|-----|--------------|
| Herr Dominik Bems | SPD | Ratsmitglied |
| Herr Stefan Gude | CDU | Ratsmitglied |
| Frau Ulrike Stockel | SPD | Ratsmitglied |

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Haupt-, Digital- und Finanzausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung am 15.06.2021

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

2. Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen vor.

3. Einwohnerfragestunde

Es folgen keine Wortmeldungen.

**4. Digitalisierungsstrategie - "Unsere Strategie 2025 zur Verwaltungsdigitalisierung"
Vorlage: 654/21**

Herr Egelkamp erläutert anhand der Niederschrift beigefügten Präsentation die Digitalisierungsstrategie.

Herr Christian Jansen teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN die Digitalisierungsstrategie begrüße. Es sei erfreulich, dass der Bürger mehr in den Fokus gerückt sei. Hierauf liege auch der Fokus des Ergänzungsantrages der Fraktion. Digitalisierung sei ein laufender Prozess. Es sei zu befürworten, wenn einzelne Maßnahmen, wie z. B. frei zugängliches WLAN, in Pilotprojekten bereits getestet werden könnten. Die Themenschwerpunkte des Antrages würden sich auf Transparenz, Bürgernähe, Nachhaltigkeit und Effizienz beziehen. Man habe einen starken Schwerpunkt auf das Thema Green IT gesetzt. Das Thema Nachhaltigkeit sei dringend und könne bereits jetzt umgesetzt werden.

Herr Doerenkamp begrüßt es, dass der Bürger mehr in den Fokus gestellt worden sei. Dies sei auch Inhalt des Verbesserungsvorschlages der CDU-Fraktion gewesen. Ein weiterer wichtiger Punkt sei, dass dem Architekturkonzept „Einer für Alle“ gefolgt werde, da der Bund für die Beteiligten insgesamt 3 Mrd. € Fördermittel bereitgestellt habe.

Herr Doerenkamp bemängelt den Aufbau des Konzeptes und informiert, dass ein Konzept aus drei Teilen bestehe. Herr Doerenkamp weist darauf hin, dass ihm der Dreiklang im Aufbau des Konzeptes fehle. Eine strukturierte Gliederung verhindere, dass etwas vergessen werde. Herr Doerenkamp wünscht sich einen neuen Aufbau für das Strategiepapier 2.0. Das Konzept sollte mit Hilfe des Arbeitskreises Digitales umgeschrieben werden, damit ein deutlich lesbareres Konzept entstehe. Es solle ersichtlich sein, wie viele Fördermittel akquiriert werden können. Zusammenfassend teilt Herr Doerenkamp mit, dass die Digitalisierungsstrategie mit den bereits eingearbeiteten Änderungen durchaus dem Rat als Ausgangspunkt für den Start empfohlen werden könne. Es sei aber noch mehr zu tun. Der Rat könne die Strategie eigentlich nicht beschließen, da das ein laufender Prozess sei. Ggf. müsse der Beschlussvorschlag für den Rat dahin gehend angepasst werden, dass die Digitalisierungsstrategie 1.0 als Ausgangspunkt für die weitere Arbeit beschlossen werde. In einem halben Jahr könne dann eine Fortschreibung oder Umschreibung des Konzeptes durchgeführt werden.

Herr Doerenkamp fügt hinzu, dass für die Strategie zusätzliches Personal nötig sei und die zwei zusätzlichen Stellen von der CDU-Fraktion mitgetragen würden.

Herr Dr. Lüttmann merkt an, dass das Papier eine klare Struktur vorweise. Dieses sei in vier Teile gegliedert: Ausgangslage, Digitale Strategiebeschreiben, Lösungsbausteine und Konzept zur Umsetzung. Dass es sich dabei um den Startpunkt handle, sei selbstverständlich und bedürfe keiner Anpassung des Beschlussvorschlages für den Rat. Es sei realitätsfremd, von vornherein zu beziffern, wie viele Fördermittel akquiriert werden könnten. Bei der Strategie werde nicht auf Sicht gefahren, es würden die nächsten zwei Jahren in den Blick genommen.

Herr Dr. Konietzko fragt, wann es möglich sei, einen Personalausweis von zu Hause aus zu verlängern.

Herr Grimberg antwortet, dass das möglich sein werde, wenn der Gesetzgeber die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffe. Bislang sei noch die persönliche Antragstellung mit Unterschrift erforderlich. Das Bundesmeldegesetz befinde sich aber in einer Veränderung. Die Änderung werde händeringend erwartet.

Herr Volker Brauer bezieht sich auf die Aussage, dass bei der Strategie die nächsten zwei Jahre in den Blick genommen würden, das Strategiepapier aber bis 2025 ausgelegt worden sei. Hier gebe es eine Diskrepanz. Vielleicht könne das angepasst werden.

Herr Christian Jansen merkt an, dass er bei dem Organigramm der Projektgruppe festgestellt habe, dass dieses aus Verwaltungsmitarbeitern bestehe. Die Digitalisierungsstrategie solle für die Bürger sein. Herr Jansen wünscht, dass die Bürger mehr in den Prozess involviert würden.

Herr Dr. Lüttmann macht deutlich, dass ihm wichtig sei, dass bei dem Prozess sowohl Mitarbeiter als auch Bürger mitgenommen würden.

Herr Ortel erinnert, dass die Digitalisierung vor eineinhalb Jahren ein wichtiges Thema im Wahlkampf gewesen sei. An dieser Stelle werde ein wertvoller erster Schritt umgesetzt, um den Prozess auf den Weg zu bringen. In der Präsentation wurde deutlich, dass es durchaus noch Handlungsbedarf gebe. Man dürfe nicht davor zurückschrecken dafür 100.000 € mehr in die Hand zu nehmen.

Herr Grimberg teilt mit, dass im Arbeitskreis Digitales festgehalten worden sei, dass Green IT wichtig sei und eine zusätzliche IT-Strategie parallel erstellt werden müsse. Hierzu gebe es bereits Gespräche mit der KAAW und der GPA NRW.

Herr Grimberg weist außerdem darauf hin, dass die Themen Verwaltungsdigitalisierung und Smart City sauber getrennt werden müssten. Die Digitalisierung sei ein Teil der Smart City. Für freies WLAN in der Stadt müssten aber auch andere Stellen/Ressourcen eingebunden werden.

Beschluss:

Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine stimmt der Digitalisierungsstrategie – Unsere Strategie 2025 zur Verwaltungsdigitalisierung zu und stellt die zur Umsetzung notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen im Haushaltsjahr 2022 f. zur Verfügung.

Er nimmt zur Kenntnis, dass zu den Bereichen IT und Smart City gesonderte Strategien entwickelt und nach Fertigstellung den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Dr. Lüttmann lässt sodann über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über weitere 100.000 € für das Digitalisierungskonzept abstimmen:

| | | |
|-----------------------------|----|--------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | 10 | Ja-Stimmen |
| | 11 | Nein-Stimmen |
| | 1 | Stimmhaltung |

**5. Breitbandausbau in der Stadt Rheine
Erschließung der unzureichend versorgten Bereiche im Rahmen der Graue-Flecken-Förderung
Vorlage: 656/21**

Frau Schauer informiert, dass die genauen Entscheidungen über den Ablauf und ob alle Adressen oder nur einige Adressen gefördert werden noch aufbereitet werden würde.

Herr Christian Jansen teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Breitbandausbau begrüße.

Beschluss:

Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss beschließt, für die weitere Haushaltsplanung 2022 für den städtischen Eigenanteil zum Breitbandausbau im Rahmen der Graue-Flecken-Förderung in die mittelfristige Finanzplanung 2023, 2024 und 2025 jeweils 2 Mio. € aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Antrag der CDU und FDP-Fraktionen - zeitliches Verschieben von Straßenbaumaßnahmen
Vorlage: 657/21

Herr Hachmann begrüßt es, dass die Verwaltung dem Antrag folge und den Hinweis auf die Beleuchtungsmaßnahmen gegeben habe. Aus diesem Grund ziehe die CDU-Fraktion den Antrag zugunsten des Antrages der Verwaltung zurück.

Herr Karl-Heinz Brauer merkt an, dass er es lieber gesehen hätte, wenn der Antrag im Bau- und Mobilitätsausschuss beschlossen worden wäre.

Herr Ortel teilt mit, dass die UWG-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Frau Schauer informiert, dass die Straßenbaumaßnahmen nur begrenzt geschoben werden könnten. Die Straßen hätten alle einen Erneuerungsbedarf.

Frau Friedrich merkt an, dass es schön gewesen wäre, eine gemeinsame Resolution zu beschließen. Frau Friedrich weist darauf hin, dass es wichtig sei, im Hinblick auf Beleuchtung und Kanalisation nicht doppelt zu graben.

Herr Dr. Vennekötter teilt mit, dass bei den Straßen nichts an der Kanalisation gemacht werden müsse. Es müssten allerhöchstens kleinere Anpassungen vorgenommen werden, die örtlich umgesetzt werden könnten. Langfristig sei das allerdings nicht möglich. Irgendwann müsse wieder Infrastruktur unterhalb der Straße geschaffen werden.

Beschluss:

1. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss beschließt, die Straßen
 - 53014-0291 Schultenstraße (Salzbergener Straße bis Schreiberweg)
 - 53014-520 Alte Bahnhofstraße (Dechant-Römer-Straße bis Rheiner Straße)aus dem Haushaltsplan 2022 zu streichen.
2. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss beschließt, sämtliche Straßenbaumaßnahmen aus dem Haushaltsplan 2022 nach 2023 zu schieben, bei denen KAG-Beiträge fällig werden.
3. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis, dass Beleuchtungsmaßnahmen, bei denen KAG-Beiträge fällig werden, im Haushaltsplan für 2022 bleiben und nicht geschoben werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Antrag der CDU und FDP-Fraktionen - Schieben von Bauprojekten aus dem Investitionsplan 2022
Vorlage: 612/21

Herr Brunsch weist darauf hin, dass jede Vorlage auf dem Deckblatt einen Hinweis zu den finanziellen Auswirkungen habe. Rückblickend betrachtet seien die meisten Anträge nicht an den finanziellen Auswirkungen gescheitert, sondern daran, dass kein Personal zur Verfügung stehe. Herr Brunsch regt an, auf dem Deckblatt einen Hinweis zu den personellen Auswirkungen aufzunehmen.

Frau Schauer informiert, dass sie in ihren Ausschüssen immer darauf hinweise, wenn es Engpässe gebe und Prioritäten gesetzt werden müssten. Man wisse im Vorfeld leider nicht, ob freie Stellen besetzt werden könnten oder nicht. Ein Kreuz sei nur eine Momentaufnahme.

Herr Karl-Heinz Brauer sieht eine große Gefahr darin, dass das Haushaltsjahr 2023 durch das Schieben dieser Maßnahmen enorm belastet werde. Aus diesem Grund werde die SPD-Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion nicht zustimmen.

Frau Friedrich bezieht sich auf die Verpflichtungsermächtigungen für dieses Jahr, die sich auf 64 Mio. € belaufen. An den Ermächtigungen könnte man sehen, dass Projekte aus der letzten Wahlperiode in diese geschoben worden seien. Wenn Projekte in diesem Maße weitergeschoben würden, seien dem neuen Rat die Hände dabei gebunden, irgendwas Neues entwickeln zu können.

Herr Krümpel weist darauf hin, dass es sich dabei nicht um alte Verpflichtungsermächtigungen handele, sondern um neue, die in diesem Jahr gebildet würden.

Herr Ortel fragt, wie es zu erklären sei, dass die Verwaltung im September einen Haushaltsentwurf vorgelegt habe und sich dann zweieinhalb Monate später aufgrund eines Antrags leichten Herzens davon verabschiede.

Herr Gausmann teilt mit, dass im Jahr 2018/2019 ein Bauprogramm beschlossen worden sei, das mit dem vorhandenen, ausfallenden, wechselnden und nicht nachkommenden Personal einfach nicht mehr abbildbar gewesen sei. Im Schulausschuss werde man sich mit den Auswirkungen auf die Zügigkeiten noch einmal ernsthaft beschäftigen. Bis jetzt sei alles in das Jahr 2023 geschoben worden. Man werde danach, wenn nötig, weiter schieben. Herr Gausmann ist froh, dass es bei der Digitalisierung der Schulen keine Einschränkungen gebe. 2024 werde man mit der Grunddigitalisierung aller Klassenräume fertig sein.

Frau Schauer bezieht sich auf die Aussage von Herrn Ortel und merkt an, dass von den rund 20 Mio. € ca. 14 Mio. € im Bereich der Elsa-Brändström-Realschule liegen würden. Das Architekturbüro sei im Sommer beauftragt worden. Es sei ein Zeitplan erstellt worden, und an diesem Zeitplan könne man sehen, was im nächsten Jahr tatsächlich an realen Mitteln benötigt werde.

Herr Ortel macht deutlich, dass er nicht möchte, dass es später heiße, dass die Bauprojekte aufgrund eines politischen Beschlusses geschoben worden seien und die Politik dieses dann rechtfertigen müsse.

Frau Friedrich weist darauf hin, dass es auch politisch zu verantworten sei, wieviel der Verwaltung durch Beschlüsse und Projekte auf den Tisch gelegt werde.

Herr Karl-Heinz Brauer teilt mit, dass Frau Schauer im Bau- und Mobilitätsausschuss mitgeteilt habe, dass aufgrund der Streichung bzw. Streckung der KAG-Maßnahmen in aller Ruhe die Kreisverkehre in 2022 in Angriff genommen werden könnten. Herr Brauer ist verärgert darüber, dass alle Kreisverkehre in 2023 geschoben und nicht in 2022 umgesetzt würden.

Frau Schauer entgegnet, dass in der Vorlage dargelegt worden sei, dass es durch die Verschiebung der Mittel in das Jahr 2023 keine Veränderung des Zeitplanes gebe. In der Bau- und Mobilitätsausschusssitzung wurde erklärt, dass ein Kanal gelegt werden müsse und es zeitlich nicht möglich sei, alle Ausschreibungen im Jahr 2022 durchzuführen. Aus diesem Grund sollten jeweils ein Drittel der Baukosten verschoben werden.

Herr Doerenkamp hält fest, dass man von den hohen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 64 Mio. € runter müsse, die eigentlich 2021 fällig gewesen wären und jetzt in das Jahr 2022

geschoben würden. Man müsse dem Bürger erklären, warum die ein oder andere Maßnahme, die vorgesehen gewesen sei, wieder aus dem Programm rausgenommen werde.

Herr Krümpel weist darauf hin, dass der Haushalt aufgebläht sei und es im Haushaltsjahr 2023 Veränderungen geben müsse. Man müsse sich intensiv damit, auch unter dem Aspekt der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, auseinandersetzen.

Herr Karl-Heinz Brauer teilt mit, dass die SPD-Fraktion nach den Ausführungen der Verwaltung dem Antrag zustimmen werde, weil es mehr Klarheit und Ehrlichkeit geben müsse.

Beschluss:

Der Haushaltsplanentwurf 2022 wird entsprechend der Tabellen der Vorlage unter Abschnitt C - Finanzielle Auswirkungen geändert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Antrag Stadtteilbeirat Mesum; Dorfmitte Mesum (Platzbereich 3)
Vorlage: 658/21**

Herr Brunsch fragt, ob überhaupt Kapazitäten vorhanden seien, um das umzusetzen.

Frau Schauer informiert, dass die Kapazitäten nicht vorhanden gewesen seien. Dadurch dass einige Maßnahmen aus dem KAG-Bereich im nächsten Jahr nicht bearbeitet würden, seien jetzt Kapazitäten vorhanden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1.

- a) auf der Basis des Konzeptes „Dorfmitte Mesum“ eine Entwurfsplanung für den Platzbereich 3 erarbeiten zu lassen,
- b) Fördermittel für die Maßnahme zu beantragen.

2. Im Fachbereich 5, Produkt 5301 für die Maßnahme „Dorfmitte Mesum“ im Haushaltsjahr 2022 50.000 € und im Haushaltsjahr 2023 275.000 € einzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 631/21

Herr Dr. Lüttmann informiert, dass es einen Antrag von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einen Antrag von den Fraktionen CDU und FDP gebe.

Frau Friedrich bezieht sich auf den Antrag auf Einrichtung der Stabsstelle Klimaschutz und begründet, dass das Thema Klimaschutz mehr Gewicht haben müsse. Es gebe zu wenig personelle Kapazitäten. Es reiche nicht aus, sich mit den Klimafolgen zu beschäftigen. Der Klimaschutz müsse fokussiert werden.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass der Antrag auf eine zusätzliche Stelle Wasserrahmenrichtlinien an den Betriebsausschuss der TBR verwiesen werde. Er lässt sodann über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Errichtung einer Stabsstelle Klimaschutz abstimmen.

| | | |
|-----------------------------|----|--------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | 10 | Ja-Stimmen |
| | 12 | Nein-Stimmen |

Herr Hachmann bezieht sich auf den Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion auf Nichteinrichtung einer zusätzlichen Stelle für das Standesamt und erinnert, dass in den letzten Jahren bereits eine zusätzliche Stelle im Bereich des Standesamtes geschaffen worden sei. Man sei nicht dazu bereit, dort eine weitere Stelle zu schaffen, weil man glaube, dass sich in dem Bereich sehr viel tun werde und es Erleichterungen geben werde. Die Geburtensteigerung von 2,7 % sei nicht massiv. Sollte es dennoch dringend nötig sein, sei es der Organisationshoheit des Bürgermeisters anheimgestellt, das anders zu regeln, aber nicht mit der Schaffung einer zusätzlichen Stelle.

Herr Krümpel bezieht sich auf die Organisationsuntersuchung und teilt mit, dass das Ergebnis gewesen sei, dass es zwei zusätzliche Stellen im Bereich des Standesamtes geben müsse. Die Untersuchung sei ohne die Schließung der Abteilung für Geburtshilfe in Ibbenbüren gemacht worden, die sich auf Rheine auswirke. Die Abteilung sei gerade vier Wochen geschlossen. Innerhalb dieser vier Wochen habe es bereits 56 zusätzliche Geburten gegeben. Herr Krümpel weist darauf hin, dass das Thema Digitalisierung im Standesamt bereits ausgereizt sei. Hinzu komme, dass 70 % der Fälle mit ausländischen Mitbürgern zu tun hätten, wofür die Standesbeamten sich mit Botschaften in der ganzen Welt auseinandersetzen müssten. Schon jetzt gebe es im Standesamt bereits drei Wochen Wartezeit auf einen Termin. Diese Zeiten würden sich verdoppeln.

Frau Floyd-Wenke verlässt den Sitzungssaal.

Herr Karl-Heinz Brauer merkt an, dass er den Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion insbesondere mit Blick auf die Krankenhausveränderung im Kreis Steinfurt nicht nachvollziehen könne.

Herr Christian Jansen teilt mit, dass er die Organisationsuntersuchung nachvollziehen könne und dem Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion nicht folge.

Herr Dr. Lüttmann lässt sodann über den Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion auf Nichteinrichtung einer Stelle eines Standesbeamten/einer Standesbeamtin abstimmen.

| | | |
|-----------------------------|----|--------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | 11 | Ja-Stimmen |
| | 10 | Nein-Stimmen |

Herr Dr. Lüttmann bezieht sich auf den Antrag zur Änderung der Wertigkeit bei der Stelle Leitung Stadtbibliothek und teilt mit, dass es dabei um einen tariflichen Bewertungsprozess gehe.

Herr Gausmann informiert, dass es eine neue Aufgabenbeschreibung gegeben habe. Die letzte Aufgabenbeschreibung sei zum Zeitpunkt des Umzuges erstellt worden. Seitdem sei die Stadtbibliothek Hochschulbibliothek geworden und habe andere Funktionen im Bereich der Bereitstellung von digitalen Medien hinzubekommen. Die Stadtbibliothek sei ein Ort der Begegnung, ein Ort des Lernens und ein Ort der Frequenzbringung für die Innenstadt. Die Bewertungskommission habe am 29. Oktober 2021 einer Entgeltstufe 13 zugestimmt. Damit gebe es den Anspruch für die Mitarbeiterin auf Entlohnung nach EG 13.

Herr Hachmann fordert, dass solche Informationen zukünftig hinzugefügt werden und teilt mit, dass der Antrag zurückgezogen werde.

Herr Hachmann bezieht sich auf den Antrag zur Wissenschaftlichen Fachkraft Inventarisierung und merkt an, dass hier eine Befristung für 12 Monate ausreichend sein müsste. Außerdem werde der Antrag gestellt, die Hilfshausmeisterstelle zu streichen und ähnlich wie bei den Kaufmännischen Schulen über eine Ein-Euro-Job-Maßnahme zu besetzen.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass bekanntlich Kapazitäten für die Inventarisierung in den Magazinen der Museen fehlen würden. Man habe nie die Begründung gegeben, dass eine im kommenden Jahr wegfallende Stelle kompensiert werde. Die 36 Monate seien aus Sicht der Verwaltung zwingend erforderlich.

Herr Hachmann entgegnet, dass er die Situation anders verstanden habe. Die CDU-Fraktion müsse sich zurückziehen und noch einmal diskutieren. Herr Hachmann bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Herr Dr. Lüttmann unterbricht die Sitzung für fünf Minuten. Frau Floyd-Wenke nimmt wieder an der Sitzung teil. Herr Ortel meldet sich ab und verlässt den Sitzungsraum.

Frau Friedrich bittet darum, die Sachlage noch einmal klar zu erläutern.

Herr Hachmann teilt mit, dass heute auf einen Beschluss zur Wissenschaftlichen Fachkraft verzichtet werden solle und die Beschlussfassung in den Rat geschoben werden solle.

Herr Weßling bittet darum, bis zur Ratssitzung eine Stellungnahme des Personalrates zu bekommen.

Herr Dr. Lüttmann sichert zu, dass das Thema noch einmal aufgearbeitet werde.

Herr Gausmann bezieht sich auf den Antrag zur Stelle des Hilfshausmeisters und informiert, dass ein Ein-Euro-Job eine Maßnahme für einen Sozialhilfeempfänger sei, der sich im Gesamtleistungsbezug des SGB II befinde. Der Sozialhilfeempfänger bekomme dadurch eine Tagesstruktur. Dies sei nicht mit einer §-16i-SGB-II-Maßnahme zu vergleichen. Hierbei handele es sich um ein Instrumentarium der Sozialhilfe, um Personen in den Regelarbeitsmarkt zu bekommen. Vorteil sei, dass die Person komplett aus der Leistung des SGB II herausfalle und die Stadt Rheine auch keine Kosten der Unterkunft mehr zahlen müsse.

Herr Hachmann weist darauf hin, dass ein Hinweis in der Vorlage hilfreich gewesen wäre. Zukünftig sollten die Vorlagen etwas ausführlicher gestaltet werden. Herr Hachmann teilt mit, dass der Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Hilfshausmeister zurückgezogen werde.

Beschluss:

Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt für das Haushaltsjahr 2022 den beigefügten Gesamtstellenplan der Stadt Rheine ohne die Stelle Standesbeamte/r (Anlagen 1 bis 5 der Vorlage) und den Stellenplan des Eigenbetriebes Technische Betriebe Rheine (Anlage 8 der Vorlage).

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen
 6 Nein-Stimmen

10. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2022 - 2025 - Ergebnisse aus den Fachausschussberatungen Vorlage: 655/21

Herr Weßling verlässt den Sitzungssaal.

Frau Friedrich und Herr Christian Jansen begründen die einzelnen Änderungsanträge zum Haushalt 2022.

Frau Schauer bezieht sich auf den Antrag zur Verkehrssicherheit in Mesum. Das Thema sei im Bau- und Mobilitätsausschuss noch nicht zu Ende diskutiert worden. Im Februar werde man sich erneut damit befassen. Der Verwaltungsvorschlag entspreche nicht dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Man habe den Vorschlag gemacht, eine Querungshilfe in Form einer Lichtsignalanlage aufzustellen. Das müsse noch ausdiskutiert werden. Bei der Straße handele es sich um eine Kreisstraße; daher werde man sich mit dem Kreis abstimmen müssen. Es sei möglich, dass man im nächsten Jahr etwas umsetzen könne. Dies sei aber noch ungewiss.

Frau Schauer bezieht sich auf den Antrag zur Verkehrssicherheit an Kitas und Schulen. Man habe zwei Fußverkehrs-Checks in Mesum und im Schotthock gemacht. Man wisse nicht, was die Fußverkehrs-Checks im nächsten Jahr ergeben. Größere Sachen müssten erst geplant werden, sodass man im nächsten Jahr noch keine Mittel habe veranschlagen wollen. Aufgrund der Erfahrungen der durchgeführten Fußverkehrs-Checks wolle man ab 2023 einen festen Posten aufnehmen. Für kleinere Dinge sei man immer handlungsfähig.

Frau Schauer bezieht sich auf den Antrag zur Erhöhung der Baumanpflanzungen pro Bürger auf 3 € und teilt mit, dass man hier gut vorankomme. Für die Baumanpflanzungen gebe es relativ viel Personalaufwand, denn Baumanpflanzungen im Bereich der Straßen seien sehr aufwendig. Zu den Mini-Regenrückhaltebecken wurde im Bau- und Mobilitätsausschuss vereinbart, diese Probeweise zu errichten. Aber man habe auch besprochen, Erfahrungen zu sammeln, daher sei eine Erhöhung der Mittel dafür nicht notwendig.

Frau Schauer bezieht sich auf den Antrag zur Sozialen Stadt Rheine-Dorenkamp und teilt mit, dass es tatsächlich noch Mittel gebe, diese aber aus anderen Bereichen kämen und nur bei Mittelumschichtung zur Verfügung stünden, was mit der Bezirksregierung abgestimmt werden müsse. Fraglich sei, ob für ein abgelaufenes Projekt extra Mittel bereitgestellt oder vielleicht über den Stadtteilbeirat beantragt werden sollten, wenn es gute Ideen gebe.

Herr Gausmann bezieht sich auf den Antrag zur Nachhaltigkeitsstrategie und teilt mit, dass im I. Quartal 2022 ein Vorschlag unterbreitet werde, wie mit der Nachhaltigkeitsstrategie in Rheine umgegangen werden solle. Danach werde man auf die finanziellen Folgen abzielen wollen. Herr Gausmann bezieht sich auf die Verkehrssicherheit Kita/Schule und teilt mit, dass der Bau- und Mobilitätsausschuss die Beteiligung von Schulpflegschaften und der Räte der Tageseinrichtungen für Kinder beschlossen habe und in diesem Kontext zusätzliche Mittel in Höhe von 10.000 €, um Projekte zu entwickeln, veranschlagt worden seien. Von den 35.000 € würden 10.000 € als Mittel für Projekte und nicht für bauliche Maßnahmen nötig.

Frau Friedrich merkt an, dass der Bereich Verkehr an Kitas und Schulen ein dringendes Thema sei und die Umsetzung der Projekte mit den Mitteln beschleunigt werden sollte. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung habe erst einmal nichts mit Beteiligung und Zielentwicklung zu tun, sondern sei ein erster Schritt.

Herr Dr. Lüttmann lässt sodann über die einzelnen Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen:

1. Nachhaltigkeitsberichterstattung zur Vorbereitung der Nachhaltigkeitsstrategie

Sonderbereich 0, Produktgruppe 02, Verwaltungsführung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Einplanung IEHK-Sachaufwand mit 40.000 € in dem Jahr 2022

| | | |
|-----------------------------|----|-----------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | 3 | Ja-Stimmen |
| | 16 | Nein-Stimmen |
| | 1 | Stimmenthaltung |

2. Verkehrssicherheit Mesum – Rheiner Straßen

Fachbereich 5, Produkt 5301, Mobilitäts- und Verkehrsplanung, Investitionsplan,
Berichtszeile 25 - Auszahlung für Baumaßnahmen
Erhöhung Baukosten Lichtsignalanlagen um 150.000 € auf 315.000 €
in dem Jahr 2022

| | | |
|-----------------------------|----|-----------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | 3 | Ja-Stimmen |
| | 16 | Nein-Stimmen |
| | 1 | Stimmenthaltung |

3. Verkehrssicherheit Kita/Schulen

Sonderbereich 2, Produkt 2102, Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Einplanung Analyse Verkehrssicherheitsplanung mit 10.000 € in dem Jahr 2022

Fachbereich 5, Produkt 5301, Mobilitäts- und Verkehrsplanung, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Einplanung Analyse und Maßnahmen Verkehrssicherheitsplanung mit 25.000 €
in dem Jahr 2022

| | | |
|-----------------------------|----|--------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | 4 | Ja-Stimmen |
| | 16 | Nein-Stimmen |

4. Erhöhung Baumpflanzung pro Bürger auf 3 Euro (inkl. Mini-Regenrückhaltebecken)

Fachbereich 5, Produkt 55, Umwelt, Klimaschutz und Grünplanung, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Erhöhung Stadtbäume um 160.000 EUR auf 240.000 € in den Jahren 2022 bis 2025

| | | |
|-----------------------------|----|--------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | 4 | Ja-Stimmen |
| | 16 | Nein-Stimmen |

5. Grundbetrieb Soziale Stadt Rheine-Dorenkamp

Sonderprojekt Dorenkamp, Produkt 5930, Integriertes Handlungskonzept Stadt Rheine Do-
renkamp, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Einplanung Verfügungsfonds mit 6.000 € in den Jahren 2022 bis 2025

| | | |
|-----------------------------|----|--------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | 4 | Ja-Stimmen |
| | 16 | Nein-Stimmen |

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass jetzt die Anträge der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion behandelt würden.

Herr de Groot-Dirks bezieht sich auf den Antrag auf Senkung des Zuschusses für die KUR und stellt klar, dass es sich um zwei verschiedene Dinge handele, wenn man die Tabelle und die dazugehörige Begründung betrachte. Die Tabelle beziehe sich auf eine Leistung, die im Rahmen der internen Leistungsverrechnung für Dienstleistungen der TBR an die TBR gezahlt werde, u. a. für Abgitterung, Reinigung und Müllabfuhr, z. B. im Rahmen des Kinderflohmarktes. Diese Beträge könnten nicht eingespart werden, weil diese vereinbart worden seien. Die Begründung beziehe sich auf die Absage des Rosenmontagsumzuges. Es gebe einen direkten Zuschuss an die KUR in Höhe von 6.300 €. Wenn dieser Zuschuss halbiert werden sollte, würde dies an der passenden Stelle im Budget auf 3.150 € reduziert werden.

Herr Doerenkamp macht deutlich, dass die Leistung der TBR in der Straßenreinigung bestehe. Folglich könne diese Leistung aus dem monetären Umfang genommen werden und darüber hinaus sollten die Kosten reduziert werden, die für die Bewirtung der Delegation aus Borne benötigt würden.

Herr de Groot-Dirks hält fest, dass wenn der Zuschuss, wie in der Begründung um 5.000 € gesenkt werden solle, dieses einmalig für nächstes Jahr umgesetzt werde.

Herr Dr. Lüttmann lässt sodann über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion abstimmen.

Sonderbereich 0, Produktgruppe 02, Verwaltungsführung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Sonderaufgaben Rheine.Tourismus.Veranstaltungen e. V.,
um 5.000 € auf 48.000 € in dem Jahr 2022

| | | |
|-----------------------------|----|--------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | 11 | Ja-Stimmen |
| | 9 | Nein-Stimmen |

Herr Hachmann teilt mit, dass es bei dem Änderungsantrag zur Kunstrasenoffensive in erster Linie darum gehe, dass ein Signal an die Sportvereine gesendet werde, dass die Kunstrasenoffensive weitergeführt werde.

Frau Friedrich erklärt, dass sie aus Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsgründen dem Beschluss nicht zustimmen werde.

Herr Volker Brauer teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag folgen werde, damit mehr Sportvereine in den Genuss von Kunstrasenplätzen kommen würden.

Herr Fühner verlässt den Sitzungsraum.

Sonderbereich 0, Produktgruppe 07, Sportförderung, Ergebnisplan
Berichtszeile 15 – Transferaufwendungen
Einplanung Investitionskostenzuschüsse Kunstrasenoffensive
mit 250.000 € in den Jahren 2023 bis 2024

| | | |
|-----------------------------|----|--------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | 14 | Ja-Stimmen |
| | 5 | Nein-Stimmen |

Herr Dr. Lüttmann lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

1. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse und Kenntnisnahmen der Etatberatungen in den Fachausschüssen gemäß den Anlage 1_bis 3 zur Kenntnis und stimmt unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Buchstabe B, Ziffer 1 enthaltenen Erläuterungen den vorgeschlagenen Budgetveränderungen und den geänderten Verpflichtungsermächtigungen zu.
2. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss stimmt den unter Buchstabe B, Ziffer 2 – Sonstige Änderungen in den Fach- und Sonderbereichsbudgets – aufgeführten Veränderungen zu.
- 2 a. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss beschließt folgende weitere Änderungen:

Sonderbereich 0, Produktgruppe 02, Verwaltungsführung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Sonderaufgaben Rheine.Tourismus.Veranstaltungen e. V., um 5.000 € auf 48.000 € in dem Jahr 2022

Sonderbereich 0, Produktgruppe 07, Sportförderung, Ergebnisplan
Berichtszeile 15 – Transferaufwendungen
Einplanung Investitionskostenzuschüsse Kunstrasenoffensive mit 250.000 € in den Jahren 2023 bis 2024

3. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss stimmt der Fortschreibung des Sonderbereichs 9 – Zentrale Finanzleistungen – gemäß der Anlage 4 unter Berücksichtigung der in den Begründungen unter Buchstabe B, Ziffer 4 enthaltenen Erläuterungen zu.
4. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der Einwendungen nach § 80 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW unter Berücksichtigung der unter Buchstabe B, Ziffer 5 gemachten Erläuterungen zu dem Ergebnis, dass eine weitergehende detaillierte Prüfung

bzw. Bearbeitung der Einwendungen nicht erforderlich ist und empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Einwendungen zur Kenntnis zu nehmen und aufgrund der Einwendungen keine Änderungen des Haushaltsplanentwurfes zu beschließen.

5. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Haushaltssatzung für das Jahr 2022 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2022 unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen und dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.
6. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zu beschließen.

| | | |
|-----------------------------|----|-----------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | 13 | Ja-Stimmen |
| | 5 | Nein-Stimmen |
| | 1 | Stimmenthaltung |

Herr Karl-Heinz Brauer erklärt, dass er gegen viele Maßnahmen gestimmt habe, es aber alte Tradition sei, dass man der Gesamtheit des Haushaltes mit den mehrheitlich beschlossenen Änderungen zustimme.

11. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt-, Digital- und Finanzausschuss

Herr Dr. Lüttmann verweist auf die im Gremieninformationssystem eingestellten Eingaben und dazugehörenden Stellungnahmen.

12. Anfragen und Anregungen

12.1. Sitzungsort Ratssitzung, Anfrage von Herrn Christan Jansen

Herr Christan Jansen fragt an, ob die nächste Ratssitzung aufgrund der steigenden Zahlen der Infizierten mit der Omikron-Variante im Januar in der Stadthalle stattfindet.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass die Stadthalle vorsorglich geblockt wurde. Eine Info darüber werde es dann kurzfristig, der Lage entsprechend, geben.

12.2. Baumfällung, Anfrage von Frau Oversch

Frau Overesch berichtet, dass im Dorfesch eine vitale, alte Eiche gefällt worden sei und die Anwohner darüber sehr irritiert gewesen seien. Es habe keinerlei Information im Vorfeld darüber gegeben. Frau Overesch fragt, warum diese Eiche gefällt worden sei.

Frau Schauer informiert, dass es massive Wurzelanhebungen gegeben habe. Das Pflaster sei sehr stark angehoben worden. Bei der ordnungsgemäßen Prüfung sei festgestellt worden, dass es leider keine andere Möglichkeit gegeben habe. Auf der einen Seite sei ein Hochbeet vorhanden und auf der anderen Seite eine Zufahrt. Aufgrund der Nähe zur Einfahrt habe der Boden nicht einfach angehoben werden können. Der Boden habe auch nicht abgetragen werden können, da der Baum dann nicht mehr standsicher gewesen wäre.

Frau Schauer teilt mit, dass Herr Dr. Vennekötter zugesagt habe, zukünftig verstärkt darauf zu achten, dass bei einer kritischen Lage, Informationen an die Nachbarschaft gegeben werden. Bei jedem Baum sei dies allerdings zeitlich nicht möglich.

Frau Overesch teilt mit, dass noch ein weiterer Baum dort gefällt worden sei und fragt an, ob eine Nachpflanzung geplant sei.

Frau Schauer informiert, dass eine Nachpflanzung geplant sei.

Ende öffentlicher Teil: 20:10 Uhr

Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

Julia Seebeck
Schriftführerin